

HAZ 28.05.2019

Lehrerverbände fordern mehr Geld für die Bildung

Petition an Finanzminister Hilbers: Rot-Schwarz muss mehr gegen marode Schulen und den Lehrermangel tun / Hilbers: Nicht genug Spielraum im Haushalt

VON SASKIA DÖHNER



„Bildung braucht Investitionen“: Laura Pooth (li.), Ralph Böse (2. v. re.) und Horst Audritz (re.) überreichen ihre Forderungen an Finanzminister Reinhold Hilbers. Foto: Katrin Kutter

Hannover. Sechs Lehrerverbände fordern in einer Petition an das Land mehr Geld für Bildung. In einem gemeinsamen Brief, den sie am Montag Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) überreichten, heißt es: „Erfolgreiche Bildung erfordert dringende Investitionen, Niedersachsen droht mit der Bildungspolitik weiter ins Hintertreffen zu geraten. Schulen und Beschäftigte benötigen jetzt Unterstützung und keine Sparmaßnahmen.“ Die große Koalition müsse mehr gegen marode Schulen und gegen den Lehrermangel tun.

Mehr Gehalt an Grundschulen

Seit Langem fordern Bildungsverbände mehr Gehalt für Grund-, Haupt- und Realschullehrer. Sie sollten genauso nach A 13 bezahlt werden wie die Gymnasial-, Förder- und Berufsschullehrer. Bislang erhalten sie A 12. Eine entsprechende Petition von Grundschulpädagogen an den Landtag hatte innerhalb von sechs Wochen mehr als 31000 Unterschriften erhalten.

Finanzminister Hilbers sieht angesichts der aktuellen Steuerschätzung keinen Spielraum für zusätzliche Zahlungen. Auch das Weihnachtsgeld für Beamte soll nicht wieder eingeführt werden. Am Montag versicherte Hilbers gleichwohl: „In der Bildung sehe ich kein Einsparpotenzial.“ Die fehlenden 13 Millionen Euro im Haushalt würden woanders eingespart werden müssen. Geld für Sonderwünsche, etwa eine höhere Besoldung für Pädagogen an Grundschulen, sei aber auch nicht vorhanden. Das sei nur möglich, wenn in anderen Bereichen Ausgaben reduziert würden.

Bei den Verbänden dringt Hilbers damit nicht durch. „Jetzt kommt es darauf an, in die Bildung zu investieren“, sagt Laura Pooth, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Das sei weniger eine haushälterische Frage als eine Frage der politischen Priorität. „An Bildung darf nicht gespart werden“, machte auch Philologenchef Horst Audritz deutlich. Ob Weihnachtsgeld oder höhere Lehrerbesoldung, es gebe Nachholbedarf in vielen Bereichen.

Um den Lehrerberuf für den Nachwuchs attraktiv zu machen, müssten die Arbeitsbedingungen verbessert werden, sagte Franz-Josef Meyer, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung. Pädagogen müssten entlastet werden.

„Gute Bildung und solide Finanzen gehen miteinander einher“, sagte Minister Hilbers. Bildung brauche keine Eintagsfliegen, sondern langfristige Programme, die auch dauerhaft finanziert seien.

Hilbers Versprechen, nicht an der Bildung zu sparen, beruhigt Joachim Maiß vom Verband für Lehrer an Wirtschaftsschulen überhaupt nicht. „Wir haben schon jetzt viel zu wenig Geld im System.“ Die Berufsschulen bräuchten allein 50 Millionen Euro, um die größten Löcher zu stopfen.

Seltene Allianz: Sechs Bildungsverbände fordern mehr Geld für Bildung (v.l.n.r): Laura Pooth (GEW), Finanzminister Reinhold Hilbers, Ralph Böse (Berufsschullehrerverband), Horst Audritz (Philologen), Stephanie Scholz (VNL), Joachim Maiß (Verband für Lehrer an Wirtschaftsschulen), Franz-Josef Meyer (VBE).
Katrin Kutter

Eine Allianz so vieler Lehrerverbände könnte für die Regierung durchaus gefährlich werden. Zuletzt waren Zehntausende Lehrer vor zehn Jahren auf die Straße gegangen, als ihre angesammelten Überstunden nicht ausgezahlt werden sollten. Der Protest kostete die damalige Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) am Ende das Amt.

Die Opposition unterstützt die Forderung der Lehrkräfte nach einer höheren Besoldung. Vor allem Haupt-, Ober- und Gesamtschulen bräuchten eine bessere Ausstattung, sagt Julia Willie Hamburg (Grüne).